

Rede des BDZ-Bundesvorsitzenden Dieter Dewes zur 25-Jahr-Feier der Fusion von BDZ und GdZ am 5. November 2015 in Rostock

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
liebe Ehrenmitglieder,

am 3. Oktober 2015 jährte sich nicht nur die Wiedervereinigung Deutschlands zum 25. Mal, sondern auch der Tag, an dem sich die beiden Zollgewerkschaften, der BDZ und die Gewerkschaft der Zöllner (GdZ), auf einen gemeinsamen Weg gemacht haben. Wie kam es dazu? Wie sind die 25 gemeinsamen Jahre in einer kurzen Rückschau zu bewerten?

Der 9. November 1989 war für die Deutschen in Ost und West gleichermaßen ein Anlass zur Freude. Die Medien vermittelten ein eindrucksvolles Bild von den Jubelfeiern an der einstigen Berliner Mauer, aber auch entlang der innerdeutschen Grenze. Mit dem Wegfall dieser Grenze endete die 40 Jahre dauernde Teilung Deutschlands, die sich über eine Länge von fast 1400 Kilometern von Lübeck bis Hof erstreckte.

Für die Zöllner, die an dieser Grenze Dienst verrichteten, mischten sich auch Sorgen vor der beruflichen Zukunft in die allgemeinen Begeisterung. Viele Fragen, die zunächst unbeantwortet blieben, bestimmten die nächsten Tage. Die Zöllnerinnen und Zöllner verrichteten ihren Dienst an den täglich neu eröffneten Grenzübergängen eher schlecht als recht. Denn was war zu diesem Zeitpunkt Recht? Wie sollte die bisherigen Aufgaben in einer Situation wahrgenommen werden?

Zum Jahresbeginn 1990 wurden immer mehr Stimmen laut, dass die entstandene politische Lage neue Wege erfordert. Das galt auch für die gewerkschaftliche Interessenvertretung der Zöllnerinnen und Zöllner. So richtete eine in Berlin gebildete Initiativgruppe über den damaligen Fernschreibdienst an alle Dienststellen der Zollverwaltung den Aufruf, ein Treffen in der Grellstraße in Berlin durchzuführen, in dem beraten werden sollte, wie es weiter geht. Dabei stand die Idee der Gründung einer Gewerkschaft im Vordergrund.

Am 12. Januar 1990 war es soweit: Über 100 Zöllnerinnen und Zöllner aus allen Teilen der Zollverwaltung der damaligen DDR machten sich auf den Weg, um an diesem historischen Ereignis teilzunehmen. Die Teilnehmerzahl sprengte alle Erwartungen der Initiatoren. Nach langen, auch hitzigen Diskussionen fasste man den Beschluss, eine Gewerkschaft ins Leben zu rufen. Auch wurde beschlossen, mit dem BDZ Kontakt aufzunehmen.

Die Antwort des damaligen Bundesvorsitzenden und späteren Ehrenvorsitzenden Richard Müller ließ nicht lange auf sich warten. Auch ein erster persönlicher Kontakt kam bereits am 23. Januar 1990 in West-Berlin zu Stande. Dieser Besuch wurde am 15. Februar 1990 in Ost-Berlin erwidert.

Die Initiativgruppe, der unter anderem der hier anwesende spätere stellvertretende Bundesvorsitzende Wolfgang Fischer angehörte, traf zügig die Vorbereitungen für die erfolgreiche Durchführung des Gründungskongresses, der bereits am 3. März 1990 stattfand.

Auf diesem Kongress sprach Richard Müller zu den Zöllnerinnen und Zöllnern und machte ihnen Mut, den eingeschlagenen Weg weiter zu beschreiten. Nach der offiziellen Gründung der GdZ wurde zugleich die weitere Kooperation zwischen beiden Gewerkschaften fest vereinbart. Es folgte eine Einladung des auf dem Gründungskongress gewählten vorläufigen Vorstands der GdZ nach Bonn.

Wolfgang Fischer nahm mit weiteren Vertretern des vorläufigen Vorstands der GdZ im Mai 1990 an der Sitzung Bundeshauptvorstands in Ulm teil. Dort schlug Richard Müller vor, zeitnah einen Kooperationsvertrag zwischen BDZ und GdZ mit dem Ziel abzuschließen, am Tag der Vereinigung beider deutscher Staaten auch die beiden Gewerkschaften zu fusionieren.

In der ersten Hauptversammlung der GdZ am 5. Juli 1990 wurde ein solcher Kooperationsvertrag abgeschlossen. In dieser Sitzung wurde Wolfgang Fischer zum ersten und zugleich letzten Vorsitzenden der GdZ gewählt. Zu Stellvertretern wurden Günter Hingst, Benno Busse, Hubert Herzog und Hubert Germer bestimmt.

Am 9. September 1990 wurde der angekündigte Kooperationsvertrag in Berlin unterzeichnet. Ein wichtiger Punkt war, dass mit dem Tag des Zusammenschlusses von BDZ und GdZ zwei Vorstandmitglieder der GdZ als gleichberechtigte Mitglieder in den Bundesvorstand des BDZ kooptiert werden und somit eine intensive Fortsetzung der Arbeit der GdZ im BDZ gesichert war. Zwischenzeitlich wurden die fünf Bezirksverbände in den künftigen fünf neuen Bundesländern durch die entsprechenden Bezirksversammlungen ins Leben gerufen.

Am 3. Oktober 1990 nahmen an der ersten gemeinsamen Sitzung des Bundeshauptvorstands des BDZ alle fünf neuen Bezirksverbände teil: Mecklenburg-Vorpommern durch Hubert Herzog, Brandenburg durch Benno Busse, Sachsen durch Thilo Paetz, Thüringen durch Hubert Germer und Sachsen-Anhalt durch Wolfgang Holze. BDZ und GdZ in Berlin hatten bereits fusioniert und der bisherige Vorsitzende von West-Berlin, Klaus-Dieter Schulz, wurde an die Spitze des neuen Bezirksverbands Berlin berufen.

In der ersten Hauptversammlung der GdZ hatten die Delegierten einstimmig ein Aktionsprogramm mit dem Ziel verabschiedet, die Zukunft der Zöllnerinnen und Zöllner der DDR unter den neuen Bedingungen zu sichern. Hier einige Schwerpunkte daraus:

- weitgehende Sicherung eines Arbeitsplatzes für alle Beschäftigten der Zollverwaltung
- Schaffung sozialverträglicher Umschulungsprogramme
- sofortiger Stopp des weiteren Abbaus der Nettobesoldung
- schnellstmögliche Angleichung des Besoldungssystems
- Beibehaltung der Versorgungsordnung bis zur Übernahme des Bundesbeamtenversorgungsrechts
- ständige Anpassung der Renten und Vorruhestandsgelder an die allgemeine Preis- und Lohnentwicklung
- Zahlung von Urlaubs- und Weihnachtsgeld zur Absicherung des Urlaubs trotz des veränderten Preisniveaus

- umgehende Durchführung von Personalratswahlen noch vor der Vereinigung

Darüber hinaus richtete sich das gewerkschaftliche Engagement auf die Erhaltung von bisher geltenden Rechten wie dem Schutz der sozialen Rechte der Frauen, insbesondere

- Mutterschutz und Beibehaltung bezahlter Freistellungen nach der Geburt eines Kindes und
- Beibehaltung des Rechts auf eigene Entscheidung über den Abbruch der Schwangerschaft, auch in einem wiedervereinten Deutschland.

Nicht alle diese Forderungen konnten bei den gemeinsamen gewerkschaftlichen Bemühungen des ebenfalls vereinten BDZ umgesetzt werden. Was aber nicht heißt, dass diese Fragen nicht in den Gremien intensiv diskutiert und auf Machbarkeit abgeklopft wurden.

So kam den Zöllnerinnen und Zöllnern in der ehemaligen DDR die BDZ-Forderung zu Gute, eine nachhaltige Personalverstärkung zu fordern, insbesondere im Hinblick

auf die Grenzöffnung im Osten. Personalveränderungen durch Wegfall von Arbeit an der Innerdeutschen Grenze wurden sozialverträglich bewältigt. Die DDR-Zollverwaltung wurde nach dem Vorbild der Bundeszollverwaltung umstrukturiert.

Die sich an der ehemaligen innerdeutschen Grenze abzeichnenden Personalprobleme wurden zum Thema von Großveranstaltungen in Helmstedt und Eschwege. Der BDZ warnte damals vor einer Entwicklung, an dessen Ende die Zöllner als Verlierer dastehen könnten. Im Zuge dieser Veränderungen erreichten BDZ und Hauptpersonalrat beim Bundesfinanzministerium Meilensteine bei der Sozialverträglichkeit und bei der Integration der Beschäftigten der DDR-Zollverwaltung in die Bundesfinanzverwaltung.

Es folgten erste wichtige Schritte nach der Vereinigung beider Staaten. Der BDZ forderte für Zöllnerinnen und Zöllner im Beitrittsgebiet eine Ausgleichszulage bei Einkommensminderungen. Auch Zollpensionäre sollen in das Sozialwerk der Bundesfinanzverwaltung aufgenommen werden.

Das Bundesfinanzministerium erließ erste Laufbahngrundsätze für die Zöllnerinnen und Zöllner im Beitrittsgebiet. Bereits 1991 setzte sich der BDZ energisch für die Verbesserung der Situation der Rentnerinnen und Rentner der DDR-Zollverwaltung ein. Die sich verzögernde Verbeamtung in den neuen Bundesländern wurde vom BDZ heftig kritisiert.

Der BDZ beklagte die katastrophale Wohnungssituation in den neuen Ländern und verlangt schnellstmögliche Abhilfe. Auch machte sich die Gewerkschaft für die Verbeamtung auch nach dem 50. Lebensjahr stark. Das Bundesfinanzministerium folgte diesem Anliegen. Zugleich forderte der BDZ die Einrichtung einer Arbeitsgruppe „Beitrittsgebiet“, was vom Ministerium jedoch abgelehnt wurde. Die Forderung nach Zahlung der Polizeizulage für die sogenannten „unechten Angestellten“ erfüllte das Bundesfinanzministerium. Das stellte einen großen Erfolg für die älteren Kollegen im Beitrittsgebiet dar, die wegen Überalterung nicht verbeamtet werden konnten, aber trotzdem im Grenzdienst tätig waren.

Die ersten gesamtdeutschen Personalratswahlen auf allen Ebenen fanden im März 1992 statt und wurden ein voller Erfolg für den BDZ. Alle Personalvertretungen im Beitrittsgebiet sowohl bei den Hauptzollämtern als auch bei allen fünf Bezirkspersonalräten stellte der BDZ den Vorsitz. Im Hauptpersonalrat beim Bundesfinanzministerium dominierte ebenfalls der BDZ. Mit dem kürzlich verstorbenen Raimund Höpfner vom Bezirksverband Mecklenburg-Vorpommern und mit Wolfgang Fischer vom Bezirksverband Brandenburg wurden zwei Vertreter auf sichere Plätze auf die Beamtenliste gesetzt. Damit waren zwei Stimmen aus den neuen Ländern in diesem wichtigen Gremium vertreten.

Auch bei den Wahlen zur Haupt- Jugend und Auszubildendenvertretung beim Bundesfinanzministerium erzielte der BDZ beachtliche Ergebnisse. Hier wurde mit Kathrin Janus eine Vertreterin des Bezirksverbands Brandenburg in das höchste Gremium der Jugend gewählt.

Richard Müller besuchte kurze Zeit später die neuen Bundesländer und stellte der Verwaltung kritische Fragen, vor allem zu den unzumutbaren Arbeitsbedingun-

gen an der Autobahn. Eine weitere Forderung des BDZ wurde vom Bundesfinanzministerium erfüllt: Zahlreiche Kolleginnen und Kollegen des mittleren Dienstes in den neuen Ländern wurden aufgrund der ausgeübten Tätigkeit dem gehobenen Dienst zugeordnet. Durch die Aktivitäten des BDZ für die Beschäftigten erhöhte sich die Zahl der Mitglieder Zug um Zug auf 3600 im Mai 1993.

Bei der 25. Bundeshauptversammlung in Bonn-Bad Godesberg im Juni 1993 kandidierte der bisherige Vorsitzende Richard Müller nicht erneut und wurde zum Ehrenvorsitzenden gewählt. Nachfolger wurde Heinz Schulze. Wolfgang Fischer wurde zu einem der vier Stellvertreter gewählt. Auch hier zeigte sich die große Solidarität innerhalb des BDZ. Denn mit 27 Delegierten aus den neuen Bezirksverbänden bei einer Gesamtdelegiertenzahl von 143 war unschwer zu erkennen, dass dieser Wahlerfolg nur möglich war, wenn diese Delegierten geschlossen auftraten und abstimmten.

Heinz Schulze zeigten in den neuen Ländern schnell Präsenz. Ein Höhepunkt war eine Demonstration in Dresden, auf der eine Protestresolution zur geplanten

Verlegung des Sitzes der Zoll- und Verbrauchsteuerabteilung von Dresden nach Chemnitz übergeben wurde. Der BDZ hatte Erfolg und feierte diesen mit allen Beschäftigten der Zoll- und Verbrauchsteuerabteilung Dresden.

Weitere Erfolge im Osten waren unter anderem die Beförderung noch während der Probezeit. Besonders wichtig für die schnelle Angleichung an den Westen, besonders im gehobenen Dienst, war die Entscheidung, die Beförderungsreihenfolgelisten nach neuen und alten Bundesländern zu trennen. Zugleich wurde im zweiten Halbjahr 1994 in den neuen Bundesländern zwei Mal beurteilt, sodass 75 Prozent bei der ersten Beurteilung insgesamt eine Beurteilung „tritt hervor“ oder besser erhielten und somit auch in die Beförderungsreihenfolgeliste aufgenommen werden konnten. So war es möglich, dass in relativ kurzer Zeit der Makel, dem alle Beschäftigten des gehobenen Dienstes ausgesetzt war, nämlich, dass sie zwei Ämter unterhalb des Amtes verbeamtet wurden, das sie ausübten, ausgeglichen werden konnte.

Diese Regelung wurde bis September 1997 im Einvernehmen mit dem Hauptpersonalrat angewendet. So wurden die größten Ungerechtigkeiten abgemildert. Das war ein nicht zu unterschätzendes Verdienst des BDZ und des von ihm geführten Hauptpersonalrats. Für die Umsetzung der genannten Regelung bedurfte es zahlreicher Gespräche mit dem Bundesfinanzministerium, in denen die Ideen des BDZ und des Hauptpersonalrats aufgegriffen und entsprechende Regelungen in Erlassform dem Hauptpersonalrat zur Zustimmung vorgelegt wurden.

Auch im Hauptpersonalrat war es letztlich die Fraktion des BDZ, die nach intensiver Diskussion den entsprechenden Erlass nach ihrer Zustimmung auf den Weg brachte. Aber nicht nur der gehobene Dienst stand im Fokus. Auch der vereinfachte Aufstieg vom mittleren in den gehobenen Zolldienst wurde in den neuen Ländern durchgesetzt.

Für die Tarifbeschäftigten setzte sich der BDZ regelmäßig mit Nachdruck ein. Die Initiative, endlich eine Bewährungszulage für Schreibkräfte zu schaffen, führte

nach entsprechenden Forderungen zum Erfolg. Nicht unerwähnt bleiben sollte, dass das Bundesfinanzministerium allen erfolgreichen Absolventen der jeweiligen Laufbahnprüfung die Übernahme in die jeweilige Laufbahn garantierte.

Darüber hinaus wurden die sozialen Problemfelder angegangen. So wurde ein Hilferuf des damaligen Hauptzollamts Schwedt vom Bundeshauptvorstand aufgegriffen und der Parlamentarische Staatssekretär Karl Diller für einen Dienststellenbesuch gewonnen. Hier wurden schlechte Arbeitsbedingungen unter anderem durch Schimmelbildung angeprangert. Die Beschäftigten vor Ort dankten dem BDZ für sein Engagement in dieser Frage.

Als ein besonderer Kraftakt erwies sich die Problematik der Rentnerinnen und Rentner der DDR-Zollverwaltung, aber auch derjenigen Beschäftigten, die verbeamtet wurden und erst später in den Ruhestand traten. Sie erhalten eine sogenannte geteilte Versorgung, also eine Rente für in der DDR erworbene Ansprüche und Pension für die als Beamter erdiente Zeit. Hierzu wurde vom

Gesetzgeber das Gesetz mit dem umständlichen Namen „Gesetz zur Änderung des Renten-Überleitungsgesetzes (AAÜG)“ erlassen. Das angestrebte Ziel, mit diesem Gesetz Gerechtigkeit im Rentenrecht zu schaffen, wurde nur bedingt erreicht. Der BDZ unterstützte von Anfang an die Arbeitsgruppe Ruhestand in Berlin, die die Grundlage dafür erarbeitete, dass Klageverfahren über den BDZ gemeinsam mit dem dbb erfolgreich geführt werden konnten. Die zahlreichen Klageverfahren führten schließlich dazu, dass die anfänglichen großen Mängel durch Rechtsprechung minimiert wurden. Zahlreiche Obergerichtsurteile bereinigten die Missstände zu Gunsten der Zollrentner und der mittlerweile zahlreichen Pensionäre mit sogenannter geteilter Versorgungsbiografie. Auch hier zeigt sich die uneingeschränkte Solidarität im BDZ. Die letzten Ungereimheiten für eine sachgerechte Rente liegen jetzt beim Bundessozialgericht und werden hoffentlich positiv entschieden.

Wenn wir uns also den Verlauf der letzten 25 Jahre in der gemeinsamen Gewerkschaft BDZ vor Augen führe, ist festzustellen, dass wir längst auch eine innere Einheit

geworden sind. Der gewerkschaftliche Einsatz für die Interessen der Zöllnerinnen und Zöllner und die weiteren Beschäftigten in der Bundesfinanzverwaltung ist ein gemeinsamer Einsatz.

Die vor uns liegenden Aufgaben bei der Neustrukturierung der Zollverwaltung hin zu einer Generalzolldirektion betreffen alle Beschäftigten in der Bundesfinanzverwaltung. Deshalb ist es nach wie vor notwendig, dass ein starker BDZ mit einer starken BDZ-Fraktion in den künftigen Personalratsgremien diese Zukunft mitgestaltet.

Mit der Einheit in der Bundeszollverwaltung ging also auch der innergewerkschaftliche Zusammenschluss einher. Nach einer Reihe von Strukturveränderungen des BDZ auf dem Gebiet der neuen Länder bestehen heute mit den Bezirksverbänden Berlin-Brandenburg, Hannover, Nord und Nürnberg übergreifende Strukturen zwischen Ost und West. Darüber hinaus ist der BDZ in Sachsen mit einem eigenen Bezirksverband präsent.

Am Ende verlief die Angleichung der Strukturen der Zollverwaltungen beider Staaten zu einer Bundeszollverwal-

tung ebenso erfolgreich wie der gewerkschaftliche Einigungsprozess, aus dem der BDZ gestärkt hervorging und sich heute in Ost und West als die Fachgewerkschaft der Bundesfinanzverwaltung präsentiert. Für dieses Ergebnis gebührt allen Beteiligten Dank und Anerkennung. Das Gelingen dieses Prozesses ist ein Ansporn für eine engagierte gewerkschaftliche Arbeit in ganz Deutschland. Ich danke Ihnen und wünsche der heutigen Feier einen guten Verlauf.